

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923

13.4.1923 (No. 86)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postkonten: Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. M. e. n. d. Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für April 6000 M. — Einzelnummer 200 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Institut für den Anzeigendienst des Anzeigendienstes, zwangsweise Verbreitung und Kontenverrechnung folgt der Rabatt fest. Erlösungsbereit Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Subskribent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen sind dem Subskribenten nicht zurückzugeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen.

* Worauf es ankommt.

Sehr richtig wird die Politik umschrieben als die Kunst des Erreichbaren. Noch immer hat es sich gezeigt, daß, wenn ein Staat das Wesen dieser Kunst nicht begriff, d. h. also seine Forderungen und Erwartungen überspannte oder gar unmöglichen Zielen nachjagte, daß dann regelmäßig nach sehr kurzer Zeit ein völliger Umschwung zu Ungunsten dieses Staates eintrat: die anfänglich sehr gute Position verwandelte sich rasch in ihr Gegenteil. Einfach ist diese Kunst natürlich nicht, da Wünsche eines an sich durchaus berechtigten vaterländischen oder persönlichen Ehrgeizes die leitenden Staatsmänner leicht zu übertriebenen Forderungen verführen.

Ganz besonders schwer aber wird diese Kunst, wenn es sich um einen Staat handelt, der besiegt wurde, einen inneren und äußeren Zusammenbruch erlebte und nun aus den Verhandlungen mit den Siegern, die vor allem in der Form von Gläubigerstaaten auftreten, seine Existenz und die Möglichkeiten zu einem Wiederaufbau retten soll. Hier ist naturgemäß die Aufgabe der Politik doppelt und dreifach kompliziert. Und in einer solchen Lage befindet sich Deutschland.

Aber auch hier darf der eben erwähnte Grundsatz nun und nimmer außer acht gelassen werden. Auch für uns kommt es in diesen Tagen vor allem darauf an, wirkliche Politik zu treiben, d. h. wirklich die Kunst des Erreichbaren zu üben. Wir dürfen in dem, was wir an Verpflichtungen und Leistungen übernehmen wollen, nicht zu großzügig sein, da wir sonst die Zukunft unseres Volkes unter Umständen bis zur Unerschwinglichkeit belasten können; wir dürfen aber auch nicht zu wenig anbieten, damit nicht ein böswilliger Gegner verheißungsvoll begonnene Verhandlungen sabotiert, mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland sich ja doch nur um seine Reparationsverpflichtungen herumdrücken wolle, und daß deshalb eine Politik des Diktats und der Sanktionen durchaus am Platze sei.

Nun befinden wir uns aber noch in einer anderen Beziehung in einer höchst unerwünschten Zwangslage, und zwar deshalb, weil das Ruhrrevier, d. h. unser wirtschaftlich bedeutendstes Machtzentrum, von den Franzosen und Belgiern besetzt ist. Solange diese Besetzung andauert, kann von Reparationen natürlich nicht ernstlich gesprochen werden. Solange sie anhält, kann aber auch nicht von einem Wiederaufbau im Innern, von einer Wiedergesundung Deutschlands im Ernst gesprochen werden. Und darum kommt alles darauf an, diese Besetzung, die die Politik des Kabinetts und jeder nicht vermeiden konnte, wieder rückgängig zu machen. Natürlich kann das nur geschehen im Zusammenhang mit einer Regelung der Reparationsfrage als solcher. Jedenfalls wird der Preis, den wir bei den Verhandlungen zur Regelung dieser Frage unter Umständen erbringen können, schon von vornherein wesentlich erhöht durch die Aussicht, nun wieder das Ruhrrevier frei zu bekommen.

Der passive Widerstand allein wird, wenn er auch in erster Linie den Gegner verhandlungsfähig machen muß, sicherlich nicht ausreichen, um das Ruhrrevier von der furchtbaren Last der Besetzung zu befreien und die Reparationsfrage in einem vernünftigen Sinne zu lösen. Mit diesem passiven Widerstand wird die aktive Politik der Reichsregierung Hand in Hand gehen. Und es ist ein beachtenswertes Zeichen der Zeit, daß in den letzten Tagen nicht nur der „Vorwärts“ diese Forderung nach einer aktiven, deutschen Außenpolitik aufstellte, sondern daß auch einzelne führende Organe der anderen Parteien des neuen Staates, darüber hinaus aber auch einige Blätter der Deutschen Volkspartei die gleiche Forderung erhoben.

In besonders beachtenswerter Form geschieht das in einem Leitartikel, den der Berliner Vertreter der deutsch-völkischen „Badischen Presse“ gestern in seinem Blatt veröffentlichte. Der Hauptpassus dieses Artikels lautet: „Aber dieser passive Widerstand ist nur etwas Negatives, er muß ergänzt werden durch eine aktive Außenpolitik, die nicht über Prestigebedenken stolpern darf. Die Hauptsache ist, daß wir die Franzosen aus unseren Grenzen herausbekommen. Wenn das geschieht, bevor die Verhandlungen beginnen, so ist das

sehr schön, wenn es aber erst geschieht bei Abschluß der Verhandlungen, so müssen wir damit auch zufrieden sein; denn schließlich leben jetzt zehn Millionen unter der Spitze der französischen Bajonette, und keiner von ihnen würde es verstehen, daß ihre Qualen verlängert werden, nur weil die Reichsregierung mit studentischen Commentbegriffen arbeitet. Die Rücksicht können sie von uns verlangen, können sie vor allem von der Reichsregierung verlangen, daß jede Möglichkeit zur Abkürzung ihrer Leidenszeit ausgenutzt wird. Das ist der Gesichtspunkt, der für die Politik des Kanzlers ausschlaggebend bleiben muß, und er ist so durchschlagend, daß es ein Widerstreben dagegen nicht geben darf.“

Gegen den hier vertretenen Standpunkt wird man, zumal nach dem eingangs Gesagten, gewiß nichts einzuwenden haben, und dies umsoweniger, als man bekanntlich im Ausland sogar ganz bestimmte Vorschläge von Deutschland erwartet.

Am gestrigen Tage haben nun beim Reichskanzler in Berlin Besprechungen mit den Parteiführern über die augenblickliche außen- und innenpolitische Lage stattgefunden. (Einen der „Frankfurter Zeitung“ entnommenen Bericht darüber drucken wir weiter unten ab.) Schon die nächsten Tage werden zeigen, wie die Auffassung der deutschen Reichsregierung aussieht, das heißt, wie weit bzw. wie eng der Rahmen sein wird, in welchem sich die aktive, deutsche Außenpolitik der nächsten Wochen vollziehen soll.

Eine Hochschulrede über den neuen Staat.

Von Hochschulprofessor Dr. Karl SolI.

In weiten Kreisen verfassungstreuer Staatsbürger herrscht Mißtrauen gegen die Hochschulen des Reiches, die vielfach als Hort der Reaktion angesehen werden. Vorgänge innerhalb unserer bairischen Landeshochschulen haben zweifellos dazu beigetragen, den Verdacht zu erhärten, daß unter unseren Hochschullehrern eine starke Ablehnung der neuen demokratischen Staatsverfassung zu finden ist.

Es soll hier nicht im Einzelnen erörtert werden, welche Gründe zahlreiche Hochschullehrer zu dieser ablehnenden Haltung bestimmen, die mindestens teilweise auf das Konto einer fehlenden politischen Erziehung des Staatsbürgers überhaupt in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen ist. Insbesondere die Hochschullehrer hatten sich in ihrer intensiven Wissensbetätigung dem Leben entfremdet und gerade in ihnen hatte das berüchtigte Wort von dem garstigen politischen Vieh seine Geltung. Die abseits dem gewaltigen Lebensfluß mit seinen Tiefen und Anfluten in beschaulicher Ruhe ihrer Forschung und Lehre lebenden Gelehrten fanden sich plötzlich zu einer Stellungnahme gezwungen, der sie in ihrer bisherigen Lebensfremdheit nicht gewachsen sind. Zudem gewöhnte sie der Historismus weiter Wissensgebiete ihre Interesse wesentlich der Vergangenheit zuzuwenden, wodurch leicht eine gewohnheitsmäßige Einstellung nach der Vergangenheit hervorgerufen wird.

Aber was auch immer die Gründe sein mögen, die sie in aufrichtiger Überzeugung dem Vergangenen im Vergleich zum Neuen den Vorzug geben lassen, es ist eine harte Ungerechtigkeit allgütige zu verallgemeinern. Gerade an der Freiburger Universität haben sich Begründer des republikanischen Lehrerbundes gefunden, an der Karlsruher Hochschule hat der derzeitige Rektor, in seiner an dieser Stelle veröffentlichten Rektoratsrede eine Gesinnung bekundet, die alles andere als reaktionär-nationalistisch genannt werden kann, hier hat auch bei der letzten Anwesenheit des Reichspräsidenten die Studentenschaft ein wahrhaft erhebendes Zeugnis der Treue zum Reich in seiner gegenwärtigen Form abgelegt, und an der Heidelberger Universität endlich erstand ebenfalls dem neuen Staate in dem derzeitigen Rektor ein Fürsprecher, wie er mutiger und kenntnisreicher nicht leicht gefunden werden dürfte. Aber gerade die Kräfte, die an den Hochschulen für den neuen Staat eintreten, dürfen verlangen, daß jene Verurteilung der Hochschulen als reaktionäre Sammelpunkte nicht länger zum bloßen Schlagwort der Massen wird. Presse und Politiker können in dieser Richtung durch gerechte Würdigung wertvoller Arbeit leisten, um auch die noch Schwankenden dem demokratischen Staatsgedanken zu gewinnen.

Gerade die Rede des Heidelberger Rektors Gerhard Anschütz über „Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsver-

fassung“ zeigt, wie willkommen den Trägern unseres neuen Staates die Mitarbeit aus berufenen Hochschulkreisen sein dürfte. Mit all dem erprobten Rüstzeug des erfahrenen und hervorragenden Staatsrechtlers untersucht Anschütz die Grundlagen unserer gegenwärtigen Verfassung. Mit leuchtender Klarheit und unwiderleglicher Folgerichtigkeit bestimmt er ihre Leitgedanken als 1. Staatlichkeit des Reiches, 2. Unitarismus, 3. Demokratie.

Unter Staatlichkeit des Reiches begreift Anschütz den großen Fortschritt, daß das Reich heute nicht mehr eine Einheit der Länder ist, sondern die Einheit des deutschen Volkes. Damit ist endgültig im Prinzip wenigstens der partikularistischen Vielstaaterei ein Ende gemacht zugunsten des nationalen Reichsgedankens. Die Hoffnungen der Befreiungskriege, vor hundert Jahren schmählich vernichtet, sind heute Erfüllung geworden, die Absichten der in den Stürmen von 1848 geborenen Frankfurter Nationalversammlung hat die Weimarer von 1919 verwirklicht. Wenn auch der große Reichs-schmied Bismarck praktisch bereits einen Bundesstaat begründet wollte, so gab er ihm doch als schlauer Waise die den Fürsten genehmerte Form des Staatenbundes. Erst in Weimar wurde von den gewählten und beauftragten Vertretern des gesamten deutschen Volkes unsere staatliche Einheit erreicht.

In bezug auf die Länder erscheint allerdings unser Reich als ein zusammengefügter Staat, aber der Fortschritt gegenüber früher besteht darin, daß das Verhältnis des Reiches zu den Ländern weit unitarischer ist wie in dem Werk Bismarcks. Aber neben dem die Weimarer Verfassung bestimmenden Grundzug des Unitarismus bestehen doch auch noch föderalistische Züge wie etwa der Reichsrat oder die Landeshoheit im Vollzug der Reichsgesetze. Mit aller Deutlichkeit lehnt es Anschütz ab, zugunsten weiterer föderalistischer Bestrebungen einer eventuellen Verfassungsrevision zuzustimmen, und es ist überaus erfreulich, gerade von ihm als dem bedeutendsten Staatsrechtslehrer das offene Bekenntnis zu hören, er gehöre zu denen, „denen im Streitfall das Reich alles, der Einzelstaat nichts ist“. Wenn er konsequent sich für die „Weiterentwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat“ ausspricht, so versteht er darunter mit Treisprüche „den nationalen Einheitsstaat mit einer starken Selbstverwaltung autonomer Provinzen“. Auch hier aber lehnt er jede zwangsmäßige Verfassungsänderung ab und erhofft alles von einer allmählichen „Verfassungswandlung“. (Da bereits die heute geltende Verfassung den Ländern kaum mehr Freiheiten läßt, als sie auch jenen „autonomen Provinzen mit starker Selbstverwaltung“ zusprechen wäre, halten wir die Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes für das beste. Red.)

Diese Verfassung wurde nach dem Zusammenbruch der im entscheidungsbollen Stunde verfallenden Monarchie von dem Volke sich selbst gegeben. Sie ist nach Entstehung und Inhalt demokratisch. Mit Scharfblick erkennt Anschütz darin, daß auch die Gegner des neuen Staates sich an den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung beteiligt haben, deren praktisches Bekenntnis zur Demokratie, und angesichts der über Dreiviertelmehrheit bei der Annahme der Verfassung nennt er die Behauptung Dr. Heims, daß die Weimarer Verfassung auf undemokratischem Wege zustandegebracht sei, einfach lächerlich. Aber vor allem ist dem Inhalt gemäß durch die Verfassung ein wahrer Volksstaat gewährleistet. Der klarsichtige Forscher weiß natürlich, daß auch in monarchischer Staatsform Demokratie möglich ist, aber um so nachdrücklicher festont er: „auch für ein innerlich demokratisches Kaiserium ist in Deutschland zurzeit kein Raum“. Ein Kampf um „Republik oder Monarchie“ würde nichts anderes bedeuten als „Republik oder Anarchie“. Darum möge man solche müßige Erörterungen endlich sein lassen und sich zusammenfinden in dem wahren Geiste nationaler Demokratie, worunter Anschütz versteht den Willen eines unabhängigen Staat für sich zu bilden und diesen Staat so zu gestalten, wie das Volk ihn wünscht und will, „das von ihrem Selbstbewußtsein geforderte Selbstbestimmungsrecht der Völker“. Als Kern des demokratischen Staatsprinzips gilt ihm der Gedanke der Einheit von Staat und Volk: „Der Staat, das sind wir“. Indem Anschütz als Ethos der Demokratie die Forderung aufstellt: „Zusammenfassung aller Volkskräfte im Staat, pflichtbewusste Mitarbeit aller am Staat, Verantwortlichkeit aller für den Staat“ lenkt er zu dem Schluß, den von der Spitze unserer ältesten Universität ausgesprochen zu hören in Zukunft vorzüglich machen sollte in der

* Rede, gehalten bei der Jahresfeier der Universität Heidelberg am 22. November 1922. Erhielt als Heft 26 in Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart. Eine Sammlung von Vorträgen u. Schriften aus dem Gebiet der gesamten Staatswissenschaften. Tübingen 1923, Verlag von J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

allzu raschen Verurteilung der Hochschulen. Unser Staat muß ein demokratischer, ein Volksstaat sein, oder er wird nicht sein.

Es ist selten, daß wir Gelegenheit haben, solche klare und warmherzige Bekenntnisse zu unserem neuen Staat von so hochverantwortlicher Stelle zu hören. Soviel wir bekunnen ist, hat das Reichsministerium in voller Würdigung der Bedeutung solcher offiziellen Äußerung mit Hilfe der hochherzigen Stiftung eines badischen Industriellen einen alljährlich an der Universität Heidelberg zu verteilenden Preis eingerichtet und ihm den Namen Gerhard Anschütz zugesetzt. Vielleicht ließe sich auch erwägen, Abiturienten unserer Mittelschulen die Rede einzuhändigen. Ihre Bestätigung tut uns allen not, und in ihr unsere Jugend zu erziehen bedeutet die Gründung unseres Staatsgefühls.

Politische Neuigkeiten.

Aussprache beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler hat gestern nachmittag die Abgeordneten Raug (Zentr.), Dr. Stresemann (D. Vp.), Dr. Peterßen (Dem.) und Leicht (Bayr. Vp.) zu der bereits angekündigten Aussprache empfangen. Die Besprechung, die mehrere Stunden dauerte, berührte alle wichtigen Fragen der außen- und innenpolitischen Lage, und von zentraler Seite wird berichtet, daß ihr Ergebnis volle Übereinstimmung gewesen sei. Man kann also annehmen, daß diese Übereinstimmung auch in der politischen Debatte, die Anfang nächster Woche bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes stattfinden wird, zutage treten wird. Ebenso sicher scheint aber auch zu sein, daß die Rede, die der Minister des Auswärtigen Dr. von Rosenbergs bei dieser Gelegenheit halten soll, keinerlei Überraschung bringen wird.

Damit ist aber nicht gesagt, daß auch die anderen Reichstagsparteien sich in der nächsten Woche mit der bloßen Billigung der bisherigen Regierungspolitik bescheiden werden. Wenn Herr von Rosenbergs aus Überzeugung über das, was er in der letzten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses vor Osnabrück als Maxime der Regierungspolitik verkündet hat, nicht hinausgehen zu können glaubt, so wird er — darauf hat der bereits erwähnte Artikel des „Vorwärts“ gestern morgen hingewiesen — von den Sozialdemokraten wohl gefragt werden, ob die Entwicklung der diplomatischen Lage in den letzten Wochen nicht eine stärkere Aktivität der deutschen Politik verlangt. Es ist bekannt, daß die deutsche Sozialdemokratie in der Woche vor Osnabrück mit parlamentarischen Vertretern der sozialistischen Parteien der Entente über ein gemeinsames politisches Reparationsprogramm ausgehandelt hat, das bestimmte Vorschläge enthält, und das zunächst für die beteiligten sozialistischen Parteien als eine Plattform für das Operieren in jedem einzelnen Lande gedacht ist. Im Sinne dieses Programms liegt auch eine deutsche Initiative, die in den anderen Ländern zum Teil erwartet, zum Teil verlangt wird. Wir möchten allerdings bezweifeln, so meldet ein Verb. Tel. der „Frl. Bg.“, daß die Reichsregierung bereits am Montag oder Dienstag mit einer Initiative dieser Art auf den Plan tritt. Das Organ des Abg. Stresemann, „Die Zeit“, glaubt zu wissen, daß der Minister des Auswärtigen in seiner Rede ganz gewiß einen neuen Zahlungsplan nicht vorlegen werde, so sehr man einen solchen der Regierung in der letzten Zeit in der ausländischen Presse angebotet habe. „Aber“, so sagt das Blatt, „es würde ganz im Sinne der bisherigen aktiven Politik des Kabinetts Cuno liegen, wenn der Außenminister auch bei dieser Gelegenheit seinen Zweifel darüber ließe, daß die deutsche Regierung nach wie vor gewillt und entschlossen sei, unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kraft ihrer Entschädigungspflicht zu genügen.“ Ob die Regierung dann dabei in der Lage sei, irgendwelche Ziffern zu nennen, sei zweifelhaft, da der Schaden des Ruhrbruchs sich nicht übersehen lasse und die Regierung erst vor kurzem sich zu dem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes bekannt habe, der die Festsetzung der deutschen Leistungssumme einem Ausschuss von internationalen Sachverständigen überlassen wolle. Aber es läßt sich, auch wenn man von festen Ziffern absieht, Gesichtspunkte genug, die der deutsche Außenminister berühren können, und Anregungen genug, auf die er eingehen könne.

Diese Ankündigung des völksparteilichen Blattes würde die Auffassung bestätigen, daß Herr von Rosenbergs in seiner Rede nichts Wesentliches sagen wird, was über den Rahmen des bisher von der Regierung Gesagten hinausginge. Noch bevor im Deutschen Reichstag über die auswärtige Politik gesprochen wird, werden heute die belgischen Minister in Paris mit Herrn Poincaré zusammentreffen und wird Herr Poincaré selbst am Sonntag in Dünkirchen die angekündigte Rede halten, von der die Pariser Presse eine Klärung über die Richtung der französischen Politik erwartet. Das sind immerhin zwei Ereignisse, deren politische Tragweite heute noch nicht zu übersehen ist und die auch für die Reichsregierung wie für die Reichsparteien im Hinblick auf das, was in der außenpolitischen Debatte zu sagen ist, von Bedeutung sein können.

Ein neuer deutscher Reparationsvorschlag

Der Pariser Berichterstatter des „Journal“ will laut B. L. V. erfahren haben, Reichsfinanzminister Dr. Cuno habe in Gemeinschaft mit Staatssekretär Bergmann die letzte Hand an einem neuen Reparationsplan gelegt. Dieser Plan enthalte außerordentlich präzisierbare Vorschläge sowohl hinsichtlich der Geldzahlungen als auch der Sachlieferungen und des Wiederaufbaus in Frankreich. Der Berichterstatter glaubt bestätigen zu können, daß Frankreich eine endgültige Entschädigungssumme von 25 Milliarden Goldmark erhalten solle, und daß auch für Belgien und Italien durch diesen Plan die Reparationszahlungen so fixiert seien, daß sie den Forderungen dieser beiden Länder entspreche. Die Mobilisierung dieser Summe soll mit Hilfe außerer und innerer Anleihen erfolgen, wie es auch bereits der Plan Bergmanns, der der Pariser Konferenz nicht unterbreitet werden konnte, vorgesehen hatte. Die Deutschen würden, obwohl der Berichterstatter hierüber wirkliche Aufklärungen nicht erhalten konnte, im Augenblick der letzten Jahreszahlung die Abmilderung des Ruhrgebietes verlangen. Man sei aber auch noch dem Gedanken der Entmilitarisierung, wie Frankreich sie auffaßt, feindselig gesinnt.

Der Berichterstatter erklärt, er könne nicht behaupten, daß der Plan Cuno schon die Billigung des gesamten Kabinetts gefunden habe. Der Berichterstatter sagt, er werde auch dann, wenn diese Nachricht demontiert werde, sie aufrechterhalten, denn seine Auskünfte stammten aus den höchsten Kreisen der deutschen Hauptstadt.

Eine neue Protestnote.

Den Regierung in Paris, London und Brüssel wurde folgende Note übergeben: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat durch die Verordnung Nr. 149 und 150 dem Oberbefehlshaber der interalliierten Besatzungstruppen bilateralen Gewalt über die deutschen Eisenbahnen übertragen und unter Ausschaltung der deutschen Reichsbahnverwaltung eine „interalliierte“ Regie der

Deutscher Reichstag.

Die Beibehaltung der Getreideumlage mit 211 gegen 146 Stimmen abgelehnt.

Auf der Tagesordnung stand gestern die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für Ernährung- und Landwirtschaft. Die allgemeine Aussprache darüber ist schon vor den Operationen erledigt worden. Die Abstimmung über die dazu vorliegenden Entschlüsse wird noch zurückgestellt.

In der Einzelberatung verlangt Abg. Noles (Soz.) eine größere Förderung der Einrichtungen für Ernährungswissenschaft. Die Publikationen des Reichsausschusses für Ernährungsforschung sollten mit staatlichen Mitteln weitere Verbreitung finden. Besonders wichtig sind die Aufklärungen über die Zweckmäßigkeit der Zubereitung von Speisen nach wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Grundsätzen. Aufklärung sei weiter notwendig über die Frage, wieviel Getreide der Ernährung durch die Bierbrauereien entzogen würde. Die Ernährungswissenschaft dürfe nicht wieder wie im Kriege zur Täuschung des Volkes mißbraucht werden (Weisfall).

Abg. Hermann (Dem.) verlangt im Interesse der Volksernährung und des Gemüsebaues Erleichterungen für den Transport des Gemüses, vor allem auch von dem unbefestigten ins befestigte Gebiet.

Bei dem Kapitel „Fischerei“ befragt der Abg. Horn (Soz.) die traurige Lage der deutschen Fischer. Der Volksernährung würde sehr damit gedient werden, wenn den kleinen Fischern durch staatliche Zuwendungen die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe ermöglicht werde. Das Ausfuhrverbot für Fische müsse aufrecht erhalten werden.

Die Abg. Kubner (Soz.) und Hegemann (N.) fordern Schutzmaßnahmen für die kleinen Fischer gegen die Betrugsmaßnahmen der großen Fischereigesellschaften.

Angenommen wird sodann eine Entschließung des Ausschusses, welche für die Minderbemittelten verbilligte Brotverforgung verlangt.

Die sozialdemokratischen und die kommunistischen Anträge auf Beibehaltung der Getreideumlage werden von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt und in namentlicher Abstimmung eine Entschließung des Zentrums, der Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei mit 211 gegen 146 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, in der es heißt: Von einer weiteren Getreideumlage muß abgesehen werden. Die rechtzeitige Sicherstellung einer ausreichenden Brotgetreidemenge unter Mitwirkung der landwirtschaftlichen Organisationen, der Bäcker und Verbrauchervertreter, der Mühlen und des legitimen Handels ist erforderlich. Eine große Verbilligung für Minderbemittelte, ist unter Bedeckung der erforderlichen Mittel unter Belastung des Budgets im weitesten Umfang zu gewähren. Diese Belastung muß vor Beginn des neuen Wirtschaftsjahres geschicklich fertiggestellt werden. Vorher dürfen die Reichsgetreidestellen nicht aufgehoben werden. Das Ernährungsprogramm der Regierung für 1923/24 ist mit möglichster Beschleunigung vorzulegen.

Eisenbahnen des besetzten Gebietes“ eingerichtet, deren Leitung ein französischer Direktor unterstellt. Die neue Verwaltung soll besetzt sein, das bisherige Personal insgesamt oder im Wege der Einzelabfertigung zu entlassen.

Die Verhandlungen werden damit begründet, daß die deutsche Regierung durch gewisse unter angebliche Verletzung des Versailler Vertrages und des Rheinlandsabkommens an ihre Beamten erlassene Befehle den Eisenbahnverkehr im besetzten Gebiet lahmgelegt und somit die Sicherheit und den Unterhalt der interalliierten Armeen sowie der Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete gefährdet habe. Die deutsche Regierung muß den Vorwurf der Vertragsverletzung auf sich selbst zurückweisen. Die von ihr den Eisenbahnbeamten in übertriebener Weise erteilten Befehle lauten ausdrücklich dahin, daß alle von den alliierten Behörden in Übereinstimmung mit dem Rheinlandsabkommen geforderten Militärtransporte für die Bedürfnisse der Besatzung in dem nach Maßgabe des Vertrages von Versailles besetzten Gebiete durchzuführen seien. Dagegen hat es die deutsche Regierung mit Recht abgelehnt, die deutschen Eisenbahnen und ihr Personal für solche Militärtransporte zur Verfügung zu stellen, die von der französischen und belgischen Regierung unter Verletzung des Vertrages von Versailles eingeleiteten Gewaltaktionen dienen sollen. Nicht von deutscher Seite sind Vertriebsunterbrechungen verursacht worden, sondern sie sind durch

Vertreibung der deutschen Eisenbahner von ihren Dienstposten mit Waffengewalt

und durch unmittelbare Eingriffe französischer oder belgischer Militärpersonen in den Betrieb eingetreten, so daß jegliche Sicherheit für die Reisenden und das beförderte Gut aufhörte. Durch die Zumatung an die deutschen Bediensteten, ihre Arbeiten unter militärischem Zwang zur Unterfertigung des rechtswidrigen Eintrags in deutsches Gebiet fortzusetzen, wurde ihnen nur die Wahl gelassen zwischen dem Verlassen des Dienstes und dem Verrat an eigenem Volke.

Nachdem sie unter diesem Zwang den Dienst verlassen haben, wird behauptet, sie seien in den Streik getreten. Daraus wird ein Vorwand für die Besetzung aller für die Wohnung und Befolgung bestimmter Geldbeträge abgeleitet. Durch Verdrängung mit Waffengewalt, Mißhandlung, Gefängnisstrafe und Zwangsarbeit sollen die Bediensteten gefügig gemacht werden. Auch die Befassung, daß bei dem Erlaß der neuen Verordnungen die Sorge für die Sicherheit und Existenz der Bevölkerung mitgesprochen habe, wirkt wie

ein beachtlichster Dohn.

Die Bevölkerung der deutschen Rheinlande, die in unerschütterlicher Liebe zum Vaterlande geduldig alle Lasten der Besatzung trägt, weiß genau, daß die Sorge für ihre Existenz niemandem mehr am Herzen liegt, als der deutschen Regierung. Die Bevölkerung wünscht von den bisherigen Bebrüdungen und Drangsalierungen der Okkupation befreit zu werden, aber sie lehnt es ab, daß eine fremde, ihr sonst nicht wahrnehmbare fürsorgliche Genügsamkeit durch Entlassung und Vertreibung der deutschen Volksgenossen betätigt wird.

Alle angeführten Gründe sind, wie jeder Beobachter der Vorgänge am Rhein weiß, nur ein Vorwand, um das seit Beginn der Besetzung von Frankreich erstrebte Ziel zu erreichen und die Eisenbahnen in die Hand seines Militärs zu bringen.

Die jetzt getroffene Maßnahme reiht sich der Errichtung besonderer Verwaltungen für die Bälle, die Forsten und das Ein- und Ausfuhrwesen an; sie ist ein weiteres Glied in der langen Reihe der Verordnungen der Interalliierten Rheinlandkommission, die alle gleichmäßig dasselbe Ziel verfolgen, das Rheinland politisch, wirtschaftlich und administrativ vom unbefestigten Deutschland zu trennen. Die neu eingerichtete Regie macht von der ihr rechtswidrig übertragene Ermächtigung zur

Entlassung deutschen Personals mit äußerster Brutalität Gebrauch und beugt sich nicht mit über Dienstentlassung, sondern vertreibt die Beamten mit ihren Familien aus den

Die deutschnationalen Anträge auf Aufhebung der Getreideumlage und der Zwangswirtschaft, sowie Aufhebung der Reichsgetreidestellen zum 1. Oktober d. J. waren vorher mit 201 gegen 98 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt worden.

Ein kommunistischer Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft wird abgelehnt.

Angenommen wurde sodann mit 48 Stimmen der Linken, einiger Demokraten und der Minderheit des Zentrums gegen 184 Stimmen folgende Entschließung des Ausschusses: Die enorme Erhöhung des Zuderpreises auf das Doppelte des bisherigen Betrages in einer Zeit, in der die Beförderung des Marktwertes ständig zunimmt, ist völlig unberechtigt. Die Regierung wird ersucht, der Preisermäßigung für Zucker die Zustimmung zu verweigern oder, falls sie schon gegeben sein sollte, sie wieder zurückzuziehen.

Annahme fand mit 176 gegen 120 Stimmen der Linken eine Entschließung des Ausschusses auf Kredithilfe für die rübenbauenden Landwirte, ebenso eine Entschließung, welche die Aufhebung der Höchstpreise für Milch und Kaffeeerzeugnisse in Sachsen und Thüringen verlangt.

Abg. Frau Barm (Soz.) beantragt Erleichterungen für die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren aus dem Auslande, speziell aus Argentinien. Ein Regierungsbekanntmachung äußert Bedenken dagegen, da Deutschland bei seiner schlechten Baluta die erforderlichen Preise nicht zahlen könne. Die Pressebericht von einer argentinischen Viehschlachtung an Deutschland scheint leider unzutreffend zu sein. Über den Antrag entspann sich eine äußerst lebhaft Debatte.

Die Demokraten beantragen Überweisung an den volkswirtschaftlichen Ausschuss. Die Vertreter des Zentrums stimmen dem Antrag im Prinzip zu, wünschen aber ebenfalls Besprechung im Ausschuss, während die Vertreter der Linken auf sofortiger Annahme des Antrages bestehen. Schließlich wird der Antrag Barm mit 161 gegen 147 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Eventualantrag Barm, welcher die Verlängerung der Vergünstigungen für die Einfuhr von Geflügelfleisch mindestens bis 1923 und von inneren Teilen (Zug, Lunge, Leber) bis 1924 verlangt, mit großer Mehrheit in der Sitzung angenommen, daß die Preisbestimmungen getrichen werden.

Damit ist die Beratung des Etats erledigt. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über den deutschnationalen Antrag auf Beratung der Interpellation über das Verbot der deutsch-völkischen Freiheitspartei, in deren Verlauf ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Akten noch beim Staatsgerichtshof liegen und der Minister die Interpellation morgen noch nicht beantworten könne, wird der deutschnationaler Antrag abgelehnt. — Nächste Sitzung Freitag nachmittag 2 Uhr; Reichsverkehrsministerium. — Schluß gegen 7 Uhr.

Wohnungen. So wurden allein am 7. April morgens in Trier 120 Eisenbahnerfamilien aus privaten Genossenschaftshäusern von bewaffneten Spahis gewalttätig ausgetrieben; 500 Frauen, Männer und Kinder sind dadurch obdachlos auf die Straße gesetzt worden, darunter befinden sich Wöchnerinnen und Säuglinge, auch 22 Kinder, die am nächsten Tage zur ersten Kommunion gehen sollten. Schriftliche und mündliche Vorstellungen der Stadtverwaltung und der Regierung waren vergeblich. Auch der kleinste Ausschuss wurde verweigert.

Gegen diese neuen Gewalttätigkeiten und Vertragsbrüche der Interalliierten Rheinlandkommission legt die deutsche Regierung hiermit feierlich Verwahrung ein.

Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete in Koblenz wurde gleichfalls beauftragt, der Interalliierten Rheinlandkommission eine Abschrift der Note zu überreichen.

Die Verfolgung der Eisenbahner.

Die deutschen Eisenbahner bleiben standhaft. Aus Jörn über diese monatelange vorübergehende Haltung haben die Franzosen nun in Trier, wie von uns bereits gemeldet, Hunderte deutscher Eisenbahner durch afrikanische Kavallerie (Spahis) aus ihren Wohnungen gejagt, sie mit ihren Familien aus den Häusern geschleppt und ihre Möbel aus den Fenstern geworfen. Der Präsident der Reichseisenbahndirektion Trier, der ausgewiesen wurde, hat an den Vorstehenden der französischen Feldbahn-Unterkommission in Trier einen eindringlichen Protest gefaßt, in dem es heißt:

„Herr Präsident! Glauben Sie wirklich, daß die Eisenbahner mit solchen Mitteln zum Verrat an ihrem Vaterlande und ihrem Gewissen bewegen werden können? Sind Sie sich nicht selbst darüber klar, daß mit solchen Maßnahmen nichts erreicht und nur dem Verlangen Rechnung getragen wird, brave pflichttreue Eisenbahner mit Frau und Kind bis aufs Blut zu quälen? Die Urheber dieser Schandthaten häßten nur den Widerstand und die Verbitterung und werden alle Seelen mit dem Rute der Vergewaltigung erfüllen. Maß Ihnen als anständigem Franzosen und insbesondere als Offizier nicht die Schamröte über solche brutalen Auswüchse einer ziellosen Gewaltpolitik ins Gesicht steigen? Ich appelliere an Ihre Gewissen und Ihre Menschlichkeitsgefühl u. verlange von Ihnen mit allem Nachdruck Einstellung dieser Gewalttaten, vollständige Sühne für alle Schäden der mir unterstellten Bediensteten und strengste Bestrafung aller Schuldigen.“

Aber die Vorgänge in Koblenz hat der Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes Koblenz an den Reichspräsidenten einen Bericht erstattet, in dem es heißt:

„Annähernd hundert Eisenbahnerfamilien sind in Koblenz auf die brutalste Art und Weise von den französischen Militärs von Haus und Hof verjagt worden. Wo die Räumdung den Franzosen-Barbaren nicht schnell genug ging, wurde mit dem Bajonett und der Keilspitze der französischen Offiziere in der brutalsten Weise nachgeholfen. Die Möbel der Vertriebenen wurden auf die Straße geworfen, so daß der Verletzte strotzte. Alte und franke Frauen, Greise und Kinder im zartesten Alter wurden obdachlos auf die Straße geworfen.“ Die Brutalität dieses Vorgehens kann nicht mehr übertroffen werden.

Die Besetzung weiterer Gruben.

Die Besetzung der Steinkohlengruben und Zechen durch die Franzosen ist weiterhin fortgesetzt worden. Es sind insgesamt 2 Zechen und Schachtanlagen von den Franzosen besetzt worden. Es handelt sich um folgende Zechen: die staatliche Zeche Rheinbaben, Wonsiacus, Robert, Joachim, Schlägel und Eisen, König Ludwig (Schacht 4 und 5), General Blumenhal (Schacht 3 und 4), Mathias Stimmes (Schacht 3 und 4), Concordia (Schacht 4 und 5), sowie Emischer-Lippe (2 Schachtanlagen), die staatliche Zeche Baltrop, Weiserholt, die größte staatliche Anlage, die staatliche Zeche Bergmannsglück, Berlinger, Graf Schwerin, Mont Genis und Johann Demelberg.

...die Arbeiter sollen nach den Aussagen ...

Traub vor dem Staatsgerichtshof.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig ...

gehaltenen Vortrag des Prof. Dügen über Kriegsgefangene ...

Traub gab in der Verhandlung zu, daß er durch eine irreführende ...

...auf einen Wagen geladen und zur Baustelle geführt werden sollten.

Sanitätsrat und Futtermittel wurden von den französischen Truppen ...

Zum Fall Mierendorf.

Vom „Republikanischen Aktionsausschuß der Universität Heidelberg“ ...

Der badische Fremdenverkehr.

Durch die Presse ging dieser Tage eine Notiz, es sei in Hotelierkreisen ...

Güterverkehr mit der Schweiz.

Es wird daran erinnert, daß der Güterverkehr nach und von der Schweiz ...

Pfalz und Nachbarländer.

Kaiserslautern, 12. April. Am vergangenen Sonntag wurde an einem Kreuznacher Bürger hier ein schwerer Raubüberfall ...

DZ. Speyer a. Rh., 12. April. Der Senior des Pfälzischen Klerus, der Geistliche Rat und Zuberpriester Anton Maria Collins, ist im Alter von 96 Jahren im St. Paulusstift zu Herzheim gestorben.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Mannheim, 13. April. Vor kurzem fand dahier in den Kaiserjulen für die jüngst aus der Pfalz Ausgewiesenen eine Begrüßungsfeier statt.

DZ. Heidelberg, 12. April. Die Heidelberger Bürgermeisterwahl ist wieder ergebnislos verlaufen. Es haben von insgesamt 105 Wahlberechtigten 91 abgestimmt.

Badischer Landtag.

Kaisersruhe, 12. April.

Die Nachmittags-Sitzung.

brachte die allgemeine Aussprache über das Grund- und Gewerbebesteuerungs-Gesetz.

Abg. Dr. Matthes (D. Sp.) fordert Einführung einer Höchstbelastungsgrenze. Er vermag im übrigen nicht einzusehen, warum in diesem Augenblick eine so weitgehende Novelle vorgelegt wurde.

Abg. Gebhardt (Landbund) hätte einen sechsfachen Steuerfuß für Grund und Boden noch zustimmen können.

Abg. Müldert (Soz.) erinnert daran, daß der 10prozentige Steuerabzug nach neuester Feststellung 92 Prozent der gesamten Reichseinnahmen ausmache.

Abg. Dr. Hanemann (D.-Nat.) Es fragt sich, ob der jetzige Zeitpunkt angeht, um unsere Wirtschaftslage der richtige ist, mit einer derartigen Steuererhöhung zu kommen.

Freitag 9 Uhr Weiterberatung. Schluß nach 8 Uhr.

Kaisersruhe, 13. April.

Weiterberatung des Grund- und Gewerbebesteuerungs-Gesetzes.

Als erster Redner legt heute Abg. Dr. Baumgartner den Standpunkt des Zentrums dar. Die Einwände des Abg. Dr. Matthes gegen die Behandlung der Novelle im Ausschuss seien unberechtigt.

Abg. Freudenberg (Dem.) Vorliegende Novelle soll nur einen Verteilungsschlüssel für die verschiedenen Steuerarten abgeben. Zum eigentlichen Steuerfuß wird sie erst, wenn für 1923/24 der Steuerfuß endgültig festgesetzt wird.

Die Koalitionsparteien, die dem Gesetz gewiß nicht in allem zustimmen, waren bei ihren Beschlüssen getragen vom Gefühl der Staatsverantwortung.

Finanzminister Köhler

erklärt, daß die mit der Novelle getroffene Zwischenregelung im Interesse der steuerlichen Gerechtigkeit dringend notwendig war.

Badische Übersicht.

Mannheim.

Bei der Truppenbewegung der Franzosen am Mittwoch hat es sich neben der Aufstellung von zwei Posten (am Luisenring 3 und Schanzengasse) nur um Abfüllungstruppen gehandelt.

Vor das Haus der französischen Studiengesellschaft für Rheinschiffahrt, in der vom Luisenring abgewinkelten Leopoldstraße ist, wie verlautet, aus folgendem Grund von der französischen Behörde ein Posten aufgestellt worden.

Die Besatzungstruppen in den Motorenwerken (vormals Benz) wurden von den Franzosen noch auf ihren Posten gelassen, so daß die Arbeit dabeilbst noch ruht.

Rheinau.

Die in der Güterhalle in Rheinau liegenden Bauhölzer, die einem Schweigger Zimmermann gehören und für Dienstwohnungen am Bahnhofs Rheinau bestimmt waren, sind von den Franzosen in dem Augenblick beschlagnahmt worden, als

Reichswirtschaftsministeriums mit dem StB in Heidelberg erichtet wird.

DZ. Freiburg i. Br., 13. April. Durch Feldabdrückungen und Aufschüngen ist der bekannte Ludwig Neumann-Weg durch die Wutachschlucht zurzeit nur mit gewisser Gefahr begehbar. Der Schwarzwaldberein bittet die Besucher der Wutachschlucht, sich vor der Begehung genau zu orientieren.

DZ. Singen a. S., 13. April. Am Gotthaus zur Krone soll hier in Kürze eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Zeit angebracht werden, in welcher Scheffel in Singen weilte und seinen Erbehard schrieb. Nennenswerte Beiträge sind bereits für diesen Zweck gezeichnet.

DZ. Tiengen (Am Waldshut), 13. April. Am Montagabend sollte unter dem Namen eines „Lesevereins“ eine Zusammenkunft der hier nationalsozialistischen Partei stattfinden. Da dieselbe jedoch behördlicherseits verboten wurde, unterblieb die Versammlung. Die hiesige Bevölkerung hatte für diese Maßnahme volles Verständnis. Es rief jedoch eine ungewöhnliche Erregung hervor, als gegen Abend circa 80 Kommunisten aus Waldshut und Tiengen heranzögen unter der Führung des Waldshuter Bahnhofsbuchhändlers Geisert. Nur die bewundernswürdige Ruhe der 5 Genossen, die die

Ansammlung davon abstellten, in die Privathäuser der Nationalsozialisten einzudringen, um dort zu rauben und zu plündern, konnte eine schwere Verwicklung vermeiden.

Aus der Landeshauptstadt.

Freiwillige Feuerwehr. Nachdem anschließend an die Generalversammlung die Rekonstituierung des Korps durch Unterzeichnung der Akte auf weitere 3 Dienstjahre stattfand, wurden bald darauf die Chargiertenwahlen vorgenommen und so das Korps wieder neu gebildet. Ob: Oberkommandant A. Heuser, 2. Kommandant S. Daler, Adjutanten: R. Schönherz, A. Pott und L. Deß; Korpschirurg Schneider, Stabschorist Thoma, Bat.-Lambour A. Zohler, Korpsdiener Bolm. 1. Kompanie: Hauptmann Schuh, Ersthauptmann Köllich; Obmann der Abt. Einreiter: Köllich, Ersthauptmann Maier; Obmann der Abt. Spritze: Labr, Ersthauptmann Meier; Obmann der Abt. Wassermannschaft: B. Jäger, Ersthauptmann G. Deß. Vertrauensleute Gator und Deß. 2. Kompanie: Hauptmann Rärder, Ersthauptmann Grunefen; Obmann

der Abt. Einreiter: Schaad, Ersthauptmann Greiner; Obmann der Abt. Spritze: Leib, Ersthauptmann Dietrich; Obmann der Abt. Wassermannschaft: Senf, Ersthauptmann V. Hlber. Vertrauensleute: Schwertner und Schaad. 3. Kompanie: Hauptmann Ruser, Ersthauptmann Weid; Obmann der Abt. Einreiter: Gotschammer, Ersthauptmann Bauer; Obmann der Abt. Spritze: Mann, Ersthauptmann Schmeider; Obmann der Abt. Wassermannschaft: Jäger, Ersthauptmann Bischoff. Vertrauensleute: Gotschammer und Mann. 4. Kompanie: Hauptmann Mark, Ersthauptmann Hindschädel; Obmann der Abt. Einreiter: Ruf, Ersthauptmann Oswald; Obmann der Abt. Spritze: Baff, Ersthauptmann L. Kappler; Obmann der Abt. Wassermannschaft: Bollin, Ersthauptmann Tomaszewski. Vertrauensleute: Kappler und Higel. Der Abgang an Mannschaften war ein geringer. Nicht mehr kapitulierten: Bei der 1. Kompanie 6 Mann; 2. Kompanie 8 Mann; 3. Kompanie 10 Mann; 4. Kompanie 5 Mann. Beim Einab trat 2. Kommandant Stolz zurück. Durch Neuzugänge wird die Gesamtstärke des Korps bald wieder erreicht sein, wie dies nach jeder Dienstperiode der Fall gewesen.

Preiswertes Angebot in Schuhwaren

nur 3 Tage

Rindbox-Herrenstiefel	34 500.-
Herrenstiefel, Goodyear-Welt . . .	39 800.-
Rindbox-Damenstiefel	29 500.-
Chevreaux-Damenstiefel	35 000.-
„ „ Goodyear-Welt	39 500.-
Spangenschuhe, moderne Form . .	29 500.-
Chevr.-Damenhalbschuhe	29 800.- 24 200.-

ferner besonders preiswerte Sandalen, weiße Halbschuhe und Kinderstiefel jeglicher Art
Alles nur erstklassige Qualitäts-Ware!

E. Weber's Etagengeschäft

Ecke Kriegs- und Bunsenstraße
Telephon 5671
Straßenbahnlinie 4 bis Hübschstraße

Badisches Landestheater.

Samstag, 14. April, 6^{1/2} — n. 10 Uhr. Sp. I. Abt. 4000 M.
Th.-Gem. B. V. B. Nr. 3301—3700.
Neu einstudiert:
Maria Stuart.

Brennstoff-Versorgung

Wir empfehlen erstklassige Brennstoffe (auch Grudekoks) bei prompter Bedienung und bitten um Eintragung in unsere Kundenliste B.377

Carl August Nieten & Co.

Kohlenhandels-gesellschaft

Stadtbüro: Kaiserstraße 118 Fernsprecher 982, 5165, 5506

Die Umschreibungen

beim Kohlenamt erfolgen nur in dieser Woche
Prompte und gute Lieferung in Kohlen und Braunkohlen-Briketts Koks und Brennholz sichern wir unsern Kunden zu

Franz Maniel & Cie.

G. m. b. H. B.381
Kohlengroß- und Kleinhandlung
Kaiserstraße 231 Fernruf 4855

Haupt- u. Schlussklasse

Preuß.-südd. Staatslotterie spielt vom 17. April bis 19. Mai 1923 und bringt **4 1/2 Milliarden** Gewinne m. Haupttreffer bis 100 Millionen Mark, wobei auf fast 2 Lose 1 Treffer fällt. Kauflose noch zu haben wie Erbslöse $\frac{1}{2}$ 1500 $\frac{1}{4}$ 3000 $\frac{1}{2}$ 6000 $\frac{1}{1}$ 12000. Bei **Ludwig Götz** Bad. Lottereeinnehmer Gebeßstraße 11/15 am Rathaus

BADISCHE LICHTSPIELE

für Schule und Volksbildung
Auf Veranlassung und unter Mitwirkung des Verkehrsvereins Karlsruhe

Samstag, 14. d. M., abends 8 Uhr, im STÄDT. KONZERTHAUS

Film-Vorführungen

- mit musikalischen und gesanglichen Vorträgen
1. Die Eismeerinsel Island. Leben und Treiben daselbst. B.377
 2. Das Riesengebirge. Seine Berge, Täler und Badoerte. Winter- und Sommerbilder.
 3. Die Geheimnisse des Maikäfers in der Fantasie des „kleinen Moritzche“.

Ruzek'sches Doppel-Quartett
Mitwirkende: Herr Leopold Falkenberg jr. (Cello) Herr Gustav Lüttgers (Klavier)

Numerierte Plätze. Ermäßigter Eintrittspreis (einschließl. Einlaß- und Kleiderablagegeld) durchweg 20 Mk. Vorverkauf: Musikalienhandlung Müller, Kaiserstraße 124a, und Abendkasse

Gleichzeitig lädt der Verkehrsverein zu seiner Freitag, den 27. d. M., abends 8 Uhr, in der Bahnhofrestauration (Weinzimmer) stattfindenden ordentlichen Jahres-Hauptversammlung ein. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Jahresrechnungsablage. 3. Voranschlag. 4. Beschlußfassung über die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände. 5. Satzungsänderung. 6. Aenderungen im Ausschuß.

Größere Fabrik im Botort von Karlsruhe sucht

zur Unterhaltung ihres ausgedehnten Maschinenparks, zur Aufsicht über ihre Handwerksbetriebe und zur Lagerverteilung **Techniker (Wertmeister)** 30—35 Jahre alt, tüchtig, strebsam u. verträglich m. vielseitiger Betriebspraxis, Kenntnisse in Elektrotechnik u. besten Zeugnisse. Angeb. m. lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisse, Gehaltsansprüchen, Angabe der Eintrittszeit, womöglich auch Bild, unter Nr. **B. 374** an die Expedition der „Karlsruh. Zeitung“.

Landwirtschaftlicher Bedarf, landwirtschaftliche Maschinen

Empfehlenswerte Bezugsquellen für die badische Landwirtschaft
Sonderbeilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger)

Wieland, Faß & Co., G. m. b. H.

Telephon 1568. Karlsruhe Kaiserstr. 201
Telegraph-Adresse: Landmaschine.

Großhandlung landwirtsch. Maschinen

der Generalvertreter:
R. Wolf Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau für deren **Motor- u. Dampf-Dreschmaschinen.**
Beste und billigste Bezugsquelle.

Fahrbare Putzdreschmaschinen

Original »GERÜ«, 5fache Sortierung, 2 und 3 Schütler, mit und ohne Elevator, Kraftbedarf 1—3 PS.
Hackmaschinen (Pflanzenhilfe)
Düngerstreumaschinen (Westfalia)
Erntemaschinen (Fahr-Krupp & Deering)
Bandsägen und Kreissägen
sowie sonstige landwirtschaftliche Maschinen und Geräte aller Art liefert zu günstigen Preisen

Einkaufs-Vereinigung südd. Landwirte m. b. H.

Durlach
Telefon 66 :: Hauptstraße 2, Gasthaus zur Blume

Landw. Maschinen und Geräte jeder Art, Ersatzteile usw.

erhalten Sie stets zu konkurrenzlos billigen Preisen auf unseren Lägern
Karlsruhe, Boxberg, Rosenberg, Mosbach, Helmstadt, Waldshut, — Steinen, Radolfzell —

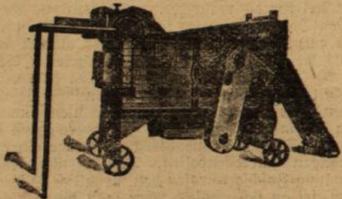
Bad. landw. Hauptgenossenschaft

Abteilung Maschinen
Karlsruhe i. B. Lauterbergstr. 3.

Die geographischen Grundlagen des deutschen Volkstums

Von Prof. Dr. Norbert Krebs (Freiburg i. B.) („Wissen und Wirken“ Band 4)
Grundpreis M. 1.— x Schlüsselzahl des Buchhandels
Verlag G. Braun, Karlsruhe in Baden, Karlsruherstraße 14.

Gebr. Wülker Karlsruhe i. B. Ruppurrerstr. 64



Beste, handhabungssichere SPRENGSTOFFE Sprengkapseln und Zündschnüre zum Sprengen von Baumstümpfen

Pulverfabrik Ettlingen (Baden)
Telephon Nr. 8

Hack-Häufelplüge — Ricker-, Saat- und Wiesen-Patent EGGEN Neubeck

sind vollendet praktisch u. dauerhafte Qualitätswerkzeuge. Durch Serienfabrikation billigste Tagespreise

Josef Neubeck, Rastatt